



N i e d e r s c h r i f t

über die 3. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der
Wahlperiode 2023/2027 am 30.01.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 15:57 Uhr
Ende: 16:12 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Bürgermeister Neuhoff

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Hilck
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete von Twistern

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Stadtverordnete Coordes

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Koch

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Gast:

Frau Stadträtin Eulig

Entschuldigt:

Herr Oberbürgermeister Grantz
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Herr Stadtverordneter Jürgewitz
Herr Stadtverordneter Stark

Schrifführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Frau Bobe, Amt 11
Herr Raether, Amt 14

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Bauverwaltung:

Personalrat Ortpolizeibehörde:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Kieck
Herr Schildt
Herr Saß
Herr Wagner
Herr Zager

Da Herr Oberbürgermeister Grantz heute verhindert ist, führt Herr Bürgermeister Neuhoff den Vorsitz. Herr Neuhoff begrüßt die Anwesenden und informiert über die für die heutige Sitzung entschuldigten Mitglieder. Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung, Tagesordnung und die Vorlagen fristgemäß versandt wurden. Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2.

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 05.12.2023

1/2024

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 9 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen (von Haaren, Kocaaga, Koch, Ruser)

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GÖStVV

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GStVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 30.01.2024 **4/2024**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Anträge zum Stellenplan 2024/2025 **88/2023**

Wortmeldungen: Frau Coordes, Herr Freemann, Herr Koch, Frau Kirschstein-Klingner, Herr Neuhoff, Herr Polansky, Frau Tiedemann

Herr Neuhoff weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder vor der Sitzung einen geänderten Beschlussvorschlag zu dieser Vorlage erhalten haben. Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass es zu dem geänderten Beschlussvorschlag weitere Änderungen gebe:

- a) Bei Ziffer 4 ist der Antrag D 15 zu streichen.
- b) Bei Ziffer 8 sind die Anträge D 15 und G 15 zu ergänzen.
- c) Ziffer 9 ist ersatzlos zu streichen.

Auf Nachfrage von Frau Tiedemann erläutert Herr Magistratsdirektor Polansky den Bedarf in der Pressestelle der Magistratskanzlei sowie die aus den diversen Fachlichkeiten und Qualifikationen resultierenden unterschiedlichen Bewertungen. Außerdem verweist er auf den im Beschlussvorschlag enthaltenen generellen Bewertungsvorbehalt für neue Stellen.

Frau Tiedemann hält beim Antrag A 4 im Zusammenhang mit dem Wertquartier die Ausweisung eines kw-Vermerkes für erforderlich.

Auf Nachfrage von Frau Tiedemann bestätigt Herr Polansky, dass die Stellen für Berufspraktikant:innen zum/zur Sozialarbeiter:in (Antrag Nr. A 28) erst ab dem Jahr 2025 besetzt würden.

Herr Koch bittet darum, über die Anträge zu G Öffentliche Sicherheit gesondert abstimmen zu lassen, da er nur diesen Anträgen zustimmen werde, die anderen Anträge aber ablehne. Herr Neuhoff schlägt vor, statt über die Anträge zu G gesondert abzustimmen, sollte ein Hinweis zu dem Abstimmungsverhalten von Herrn Koch im Protokoll festgehalten werden. Herr Koch stimmt dieser Verfahrensweise zu.

Frau Coordes befürwortet die Anträge im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Sicherstellung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung bei krisenhaften Ereignissen und schlägt vor, diese Anträge vorbehaltlich der Projekt- und Finanzierungszusage zu befürworten. Herr Polansky erläutert mit Verweis auf Ziffer 3 des geänderten Beschlussvorschlages, dass erst nach einer inhaltlichen Befassung im Fachausschuss eine Entscheidung im Personal- und Organisationsausschuss erfolgen solle. Frau Kirschstein-Klingner und Herr Freemann erachten das Projekt ebenfalls für sinnvoll, betonen aber die Notwendigkeit eines stimmigen Konzepts.

1. Der Ausschuss schließt sich den in der Anlage 2 (Gesamtübersicht) ausgewiesenen Verwaltungsempfehlungen (ja/nein) mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Anträge an.
2. Die Anträge **A 30, D 46, D 48, D 56, D 59, E 25, E 26, E 27, H 5, H 10** und **H 38** werden nicht als Stellenneuschaffungen sondern als befristet anerkannte Bedarfe genehmigt.
3. Die Anträge **A 47, C 13, D 4, E 21, F 6, G 31** und **G 32** werden bis zum Vorliegen des Fachausschussbeschlusses zurückgestellt. Die Feuerwehr wird gebeten, das Projekt und den Sachstand im Ausschuss für öffentliche Sicherheit vorzustellen.
4. Die Anträge **D 13** und **D 25** werden ab 2025 befürwortet.
5. Die Anträge **D 50** und **D 51** werden abgelehnt.
6. Die Anträge **D 65, D 66, D 67** und **E 2** werden bis zum Vorliegen eines Konzeptes im Fachausschuss zurückgestellt.
7. Der Antrag **D 68** wird ab 2025 und zwar als befristet anerkannter Bedarf befürwortet.
8. Die Anträge **D 15, E 17, G15, G 33, H 23, H 24** und **H 39** werden befürwortet.
9. entfällt.
10. Der Antrag **H 20** wird im Umfang von 1,0 Stelle und 1,0 befristet anerkanntem Bedarf genehmigt.
11. Das Dezernat I wird gebeten, nach Rechtskraft des Haushalts 2024 prioritär Stellenbesetzungen sicherzustellen, die für eine gesetzlich verpflichtete Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind. Da die im Kapitel 6990 zentral hinterlegten Haushaltsmittel voraussichtlich nicht vollständig zur Finanzierung der Personalbedarfe in 2024 und 2025 ausreichen, wird vom Dezernat I außerdem erwartet, dass alle weiteren Stellenschaffungen und -besetzungen so gesteuert werden, dass das Budget des Kapitels 6990 in den beiden Haushaltsjahren nicht überschritten wird.
12. Bei allen Stellen mit Finanzierungsvorbehalt (Drittmittel) muss vor der Besetzung die Finanzierung sichergestellt sein.
13. Im Falle der Genehmigung von Anträgen auf Neuschaffung von Stellen, Anerkennung von überplanmäßigen Bedarfen oder Verlagerung von Stellen (mit inhaltlichen Änderungen) erfolgt diese immer vorbehaltlich der Überprüfung der Stellenbewertung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Tiedemann, Koch mit Ausnahme der Anträge zu G).

4.2. Nachträge zum Stellenplan 2024/2025

89/2023

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass es auch für diese Vorlage vor der Sitzung einen geänderten Beschlussvorschlag gab.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt wie folgt:

1. Die Anträge **F 20, F 21, F23** und **F 24** werden befürwortet.

2. Der Antrag **F 22** wird abgelehnt.
3. Im Falle der Genehmigung von Anträgen auf Neuschaffung von Stellen, Anerkennung von überplanmäßigen Bedarfen oder Verlagerung von Stellen (mit inhaltlichen Änderungen) erfolgt diese immer vorbehaltlich der Überprüfung der Stellenbewertung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Tiedemann, Koch)

4.3. Anerkennung von 2,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen "Sozialarbeiter:innen Obdachlosenhilfe" für das Sozialamt 2/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 2,0 überplanmäßigen Bedarfen „Sozialarbeiter:innen Obdachlosenhilfe“ (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA, vorbehaltlich Bewertung)), befristet bis zur Rechtskraft des Haushaltes 2024/2025, für das Sozialamt.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Koch)

4.4. Anerkennung eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Sozialreferat im Rahmen des Netzwerkes Digitalambulanzen 3/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung), befristet bis zur Rechtskraft des Haushaltes 2024/2025, für das Sozialreferat im Rahmen des Netzwerkes Digitalambulanzen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Koch)

5. Anträge

6. Anfragen

7. Mitteilungen

8. Verschiedenes

Torsten Neuhoff
Bürgermeister

Adomeit
Schriftführer